

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Keine Toleranz für Neonazis und Rechtsextremisten

Ausgerechnet auf dem Wiener Heldenplatz fand am 13. April eine Kundgebung gegen die damals kurz zuvor eröffnete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ statt. Unter einem schwarzen Transparent „Großvater, wir danken Dir“ hatten sich vor allem Skinheads und einige ältere Herren versammelt, zusammen etwa 120 Personen, die sich offenbar Reden, die unter das Verbotsgesetz gefallen wären, ersparen konnten: Die Tatsache, dass ihnen dieser Ort für ihre Veranstaltung von den Behörden zugestanden und überdies Polizeischutz dafür gegeben wurde, war schon ein Triumph. Denn für sie war der Heldenplatz zweifellos nicht der Ort des Lichtermeers gegen Haider's Ausländervolksbegehren, sondern seine Historizität lag für sie 64 Jahre zurück, als Hitler dort die „Heimkehr“ seiner Heimat in das Deutsche Reich verkündete.

Man kann der Meinung sein, dass für eine solche Kundgebung überhaupt kein Platz in Wien da sein sollte. Aber dass es ausgerechnet der Heldenplatz sein musste, war natürlich eine ganz bewusste Provokation. Das hätte jeder politisch denkende Mensch so gesehen – offenbar mit Ausnahme des Herrn Innenministers, in dessen Hand es gelegen wäre, diese

Veranstaltung zu untersagen. Dass aktive Antifaschisten dies nicht unwidersprochen hinnehmen würden, lag auf der Hand. Die Gegendemonstration war mit mehr als 3.000 Teilnehmern eindrucksvoll. Dass für die Berichterstattung in den Medien die Raufereien einiger Chaoten mit der Polizei wichtiger waren, ist ein Kapitel für sich. Die Mehrzahl der Menschen lehnt das in einem demokratischen Staat ab.

In einer Demokratie sind Pflastersteine kein Argument: „Wer der Gewalt anheim fällt, gibt den Feinden der Demokratie a priori Recht.“ Das sagte Wiens Bürgermeister Häupl zwei Wochen später, als die Ewigestrigen zu einer neuen Provokation ausholten. Offenbar hat-

te ihnen Mut gemacht, dass keine Polizei zu sehen war, als die Skinheads vom Heldenplatz zur Kärntner Straße marschierten und dort – zumindest zunächst ungestraft, nach Wochen gab es Anzeigen gegen drei Dutzend der „Wiederbetätigung“ Verdächtige – Naziparolen riefen. Am 1. Mai, als schon bekannt war, dass ausgerechnet am 8. Mai, dem Tag, an dem der Sieg über die Nazi-Diktatur begangen wird, von rechten Kreisen eine als Totengedenken ausgegebene Trauerkundgebung stattfinden sollte, läuteten für die Wiener Sozialdemokraten die Alarmglocken. Auch die Proteste der Öffentlichkeit mehrten sich. Die Regierung hüllte sich lange in Schweigen. Schließlich wurde die Trauer-

kundgebung, bei der ursprünglich ein FPÖ-Abgeordneter sprechen sollte, auf eine Kranzniederlegung im Gedenkraum des Burgtors reduziert. Eine Neuauflage der Provokation misslang. Tausende Wienerinnen und Wiener kamen am 8. Mai auf den Platz Am Hof, um dort den Tag als ein Fest der Demokratie zu begehen. Nach den Hauptrednern, Bürgermeister Michael Häupl und SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer, sprachen Vertreter verschiedener Organisationen und Institutionen, unter anderem auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Alfred Ströer.

Die NS-Opfer sind, wie der Bund der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer schon nach den Vorfällen am 13. April in einer Protestresolution (siehe Seite 2) feststellte, empört darüber, wie wenig die schwarz-blaue Regierung ihre politische Verantwortung für eine solche Polarisierung des politischen Lebens zu tragen bereit ist, und wie wenig sie darum bemüht ist, den Schaden für Österreich abzuwenden, der im Ausland durch die Duldung von Nazi-Provokationen entsteht. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und die wachsende Zahl junger aktiver Antifaschisten werden weiterhin ein wachsames Auge auf solche unter der Ägide von Schwarz-Blau wohl nicht zufälligen Entwicklungen haben. ■



So begann es am 13. April: Unter dem Schutz der Behörden provozierten Neonazis auf dem Wiener Heldenplatz.

Mauthausen 2002: „Niemals wieder!“

Das Gedenken an die Opfer des KZ Mauthausen am 5. Mai 2002 erhielt durch die Neonazi-Aufmärsche auf dem Wiener Heldenplatz und in der Kärntner Straße eine besondere Aktualität. Zudem war bekannt, dass die alten und jungen „Ewiggestrigen“ des 8. Mai 1945, des Jahrestages der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, nicht als Tages der Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern als „Tages der totalen Niederlage“ mit einer Heldenehrung zu gedenken dachten, wobei der sich als „Deutscher“ deklarierende FPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat und hohe Bundesheeroffizier Wolfgang Jung die Trauerrede halten würde.

Um so deutlicher und eindringlicher äußerte sich daher das Bekenntnis „Niemals wieder“ der mehr als 9.000 Menschen aus 40 Nationen, die nach Mauthausen gekommen waren, um der Befreiung der Überlebenden des Konzentrationslagers im Mai 1945 und der mehr als 100.000 Opfer, die im KZ Mauthausen ihr Leben verloren haben, zu gedenken.

Der Bund Sozialdemokrati-



SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer und A. Ströer bei der Gedenktafel für den ermordeten Richard Bernaschek

scher Freiheitskämpfer, insbesondere die Genossinnen und Genossen aus Oberösterreich und Wien, versammelten sich vor der Hauptveranstaltung bei der Gedenktafel für den im KZ Mauthausen 1945 ermordeten sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Richard Bernaschek. Der Bundesvorsitzende Alfred Ströer und SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer sprachen Worte des Gedenkens und riefen zur Wachsamkeit und zum Widerstand gegen den erstarkenden Rechtsradikalismus, gegen Fremdenfeind-

lichkeit und Rassismus auf. Die Freiheitskämpfer legten auch Kränze für die hier umgekommenen kubanischen Interbrigadisten und beim Denkmal für die republikanischen spanischen KZ-Opfer nieder.

Hauptredner bei der zentralen Kundgebung, an der Überlebende des Konzentrationslagers und deren Angehörige aus Österreich und allen Ländern, die von Nazi-Deutschland überfallen worden waren, teilnahmen, war der Wiener Bürgermeister Michael Häupl. Mauthausen, sagte er, sei eine

Mahnung an alle Europäer, nie wieder dem Geist der Vergangenheit zu folgen; durch den Wegfall der Grenzen sei zu hoffen, dass Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit auf unserem Kontinent endgültig abgebaut werden könnten.

Mit leidenschaftlichen Worten wandte sich Häupl gegen die Untätigkeit der Bundesregierung, Nazi-Provokationen unter Anwendung des Verbotsgesetzes zu unterbinden. Angesichts solcher Vorgänge „ist uns die Verpflichtung auferlegt, kommenden Generationen alles Wissen über die dunkelste Periode unserer Geschichte zu offerieren“, sagte Häupl und plädierte für die baldige Installation eines „Hauses der Geschichte – damit ein zweites Mauthausen nicht mehr möglich wird“. Sein Appell, den Anfängen zu wehren, für die Menschenrechte einzutreten, die Demokratie zu verteidigen und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, richtete sich insbesondere an die vielen jungen Menschen, die mit Transparenten und Fahnen an der Gedenkfeier teilnahmen. ■

Alfred Koblbacher

Neonazi-Provokationen verbieten!

Der Wiener Vorstand des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fasste am 17. April 2002 in einer außerordentlichen Sitzung folgende Entschliebung: „Die Vertreter der Regierungsparteien sind anscheinend durch die Ereignisse bei den Demonstrationen um das Thema Wehrmachtsausstellung nervös geworden. Deshalb gehen sie nach der Methode, Angriff ist die beste Verteidigung vor und attackieren die Abgeordneten der Oppositionsparteien auf unqualifizierte Weise.“

Die Regierung und insbesondere der Innenminister haben die politische Verantwortung für diese Auseinandersetzungen in der Wiener Innenstadt, und es besteht für sie überhaupt kein Grund, sich hinter der Exekutive und dem Behördenapparat zu ver-

stecken. Der Innenminister hätte ohne weiteres die provokative Aktion rechtsextremer Gegner der Wehrmachtsausstellung nach dem NS-Verbotsgesetz und nach den Bestimmungen des Staatsvertrages verbieten können.

So wurde auch in der Vergangenheit eine Reihe von beabsichtigten Provokationen rechtsextremistischer Kreise, die manchmal auch aus Deutschland Unterstützung gefunden hätten, verhindert. Damit wäre es nicht zu jenen Demonstrationen gekommen, die in unterschiedlicher Weise gegen eine Neonazi-Kundgebung, noch dazu auf dem Heldenplatz, Stellung genommen haben. Und es wäre auch nicht zu Vorfällen mit Neonazi-Parolen, wie auf der Kärntner Straße, gekommen, die man in ähnlicher Weise nur

aus Deutschland kennt, wo allerdings eine andere gesetzliche Lage herrscht. Die NS-Opfer in Österreich sind empört darüber, dass man eine solche Veranstaltung auf dem Heldenplatz genehmigt und unter Polizeischutz gestellt hat.

Wir appellieren deshalb an den Innenminister, in Zukunft die Zulassung solcher rechtsextremer Veranstaltungen genau nach dem NS-Verbotsgesetz zu prüfen und damit für ein von „Ewiggestrigen“ unbelastetes Klima in unserem Staate zu sorgen. Den parlamentarischen Vertretern der Regierungsparteien muss man sagen, dass sie durch ihre lächerlichen Angriffe auf einzelne Abgeordnete der Opposition diese Fehlentscheidung ihrer Regierungsmitglieder nicht ungeschehen machen können.“

1942: Vertreibung in Kärnten

Am 14. April 1942 in den frühen Morgenstunden begann in Kärnten die Vertreibung von slowenischen Kärntner Familien. Ohne Vorwarnung zwang die Gestapo Männer, Frauen und Kinder der für die „Freimachung“ ausgewählten Höfe, diese unter Mitnahme nur weniger Habseligkeiten zu verlassen. Rund 1.300 Kärntner Slowenen wurden damals vor allem ins „Altreich“ deportiert, ihre Häuser wurden meist „Optanten“ aus dem Kantalat übergeben. Etliche Angehörige der slowenischen Volksgruppe schlossen sich daraufhin den Partisanen an.

Schicksale wie das des Schriftstellers Florjan Lipus (dessen Romane von Peter Handke ins Deutsche übertragen wurden) waren keinesfalls Einzelfälle: Als Florjan sechs Jahre alt war, wurde seine 35-jährige Mutter wegen Verbindungen zu den Partisanen verhaftet und im KZ ermordet, während der Vater in der deutschen Wehrmacht an der Front stand. Nach dem Krieg fanden viele Zurückkehrende



ihre Höfe leer geräumt vor – oder mussten erst um die Rückgabe kämpfen.

Zum 60. Jahrestag des Beginns der Zwangsumsiedlung veranstaltete der Kärntner slowenische Vertriebenenverband eine Gedenkveranstaltung im Klagenfurter Konzerthaus. Sie war gut besucht, wurde aber von der Kärntner Landesregierung und von den drei Landtagsparteien (mit Aus-

nahme eines VP-Abgeordneten) genauso ignoriert wie überhaupt der Jahrestag dieser schändlichen „ethnischen Säuberung“.

Am 8. Mai 2002 hielt „Memorial Kärnten-Koroska“ ein stilles Gedenken an die Opfer für ein freies Österreich vor dem Mahnmahl an der Hauptallee des Zentralfriedhofes in Kärnten-Annabichl ab. Die Veranstaltung fand in der Öffentlichkeit große Beachtung. ■

Es reicht – Waffen weg!

Die Wiener SPÖ-Frauen haben eine Unterschriftenaktion gestartet, die ihre Forderung nach einem generellen Verbot von Faustfeuerwaffen für Private, die Kontrolle der sicheren Verwahrung von Schusswaffen und die Beschränkung des Antritts zum psychologischen Test für den Waffenbesitz (für Jäger und Sportschützen) auf zwei Mal unterstützen soll.

Die Sozialdemokratinnen weisen darauf hin, dass allein von 1996 bis 2000 in Österreich 197 Morde bzw. Mordversuche mit Schusswaffen verübt wurden, 88 Prozent der Waffenbesitzer sind Männer, Opfer sind zum überwiegenden Teil Frauen und Kinder. „Eines ist sicher: Waffen schützen nicht, sondern töten“.

FP – Hüter der Zeitgeschichte?

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer protestierte in einem Schreiben an Bundeskanzler Schüssel und Bildungsministerin Gehringer gegen die „politisch einseitig zusammengesetzte Kommission für das Projekt „Haus der österreichischen Zeitgeschichte“. Die vom Ministerrat beschlossene Projektgruppe setzt sich aus dem Militärgeschichtler Manfred Rauchensteiner (als Leiter), dem Rechtshistoriker und ehemaligen FPÖ-Politiker Willi Brauner, dem Historiker Stefan Karner (Universität Graz) und dem Wiener Restitutionsbeauftragten Kurt Scholz zusammen. Die Freiheitskämpfer sind solidarisch mit jenen prominenten Zeitgeschichtlern – unter ihnen Erika Weinzierl, Oliver Rathkolb und Karl Stuhlpfarrer –, die die Zusammensetzung der Projektgruppe in einem offenen Brief als Affront gegen die österreichische Zeitgeschichte bezeichnet hatten.

Haiders Widerruf – ein Sittenbild

Nach 930 Tagen Rechtsstreit, elf Gerichtsentscheidungen und 287 Tagen nach seiner rechtskräftigen Verurteilung musste der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider öffentlich eine Lüge eingestehen. Am 23. September 1999 hatte Haider in einem Meidlinger Café Florian Klenk und Nina Weißensteiner, Redakteure der Wiener Zeitschrift „Falter“, ein Interview gegeben. Darin gab es, auf Tonband aufgenommen, folgende Passage:

Frage: „Sie haben einmal gesagt, die abscheulichsten Figuren waren für Sie Churchill und Stalin. Warum haben Sie da eigentlich Hitler nicht erwähnt?“ – Haider: „Also da fällt mir wirklich die Aus-

wahl schwer, wenn ich die drei anschau, nicht? Was wollen Sie denn?“ Am Tag darauf teilte Haider Sekretär Petritz dem „Falter“ mit, dass das Interview nicht freigegeben werde. Der „Falter“ druckte daraufhin nur die Fragen des Interviews ab. Das Liberale Forum zeigte Interesse für das Interview und stellte die Antworten des – legal angefertigten – Tonbands ins Netz. Internationale Empörung folgte, besonders seitens Englands. Haider wurde in der ZiB 2 von Robert Hochner gefragt, ob ihn das negative Echo auf seine Aussage wundere. Daraufhin sagte Haider, das Interview sei eine reine Erfindung. Nun folgte die Klage des „Falters“ und der er-

wähnte jahrelange Rechtsstreit. Versuche Haiders, sich mit dem „Falter“ zu arrangieren, misslangen. Haider drohte sogar eine Beugestrafe, weil er den Widerruf immer wieder hinausschob.

Zuletzt, vor der Wahl der neuen ORF-Führung, redete sich der ORF aus, ein solcher Widerruf schade der Programmgestaltung. Nach der Abwahl von ORF-General Gerhard Weis, im Februar 2002, war das plötzlich nicht mehr der Fall. Der Mann, „der euch nie belogen hat“, musste seine Behauptung in einem Anhang zur „Zeit im Bild“ – als „Werbeeinschaltung“ mit Kosten von 6.000 Euro – öffentlich widerrufen. ■



Victor Adler zum

Am 24. Juni jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag Victor Adlers, des Einigers der österreichischen Sozialdemokratie. Die SPÖ und mit ihr die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gedenken mit Stolz und Dankbarkeit dieses Mannes, dessen unermüdlicher Kampf die Voraussetzungen für den Aufstieg der Arbeiter von Parias der Gesellschaft zu Trägern einer geschichtsbildenden Kraft geschaffen hat.

Der Unterschied zwischen Victor Adler und Thomas Prinzhorn

Ehe wir uns mit dem Leben und Wirken dieses großen Mannes beschäftigen, soll an eine Bemerkung des Herrn Thomas Prinzhorn, Zweiter Präsident des Nationalrates (FPÖ), Großindustrieller, erinnert werden. Unter dem Titel „Victor Adler war auch nicht arm“, erschien im „Trend“ 7/8, 2001, ein Interview, das sich mit der Rolle Thomas Prinzorns als Kämpfer für den kleinen Mann beschäftigt. Auszüge aus diesem Interview wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Trend: Ist das nicht ein wenig un-

glauwürdig, wenn sich ein Milliardär als Kämpfer für den kleinen Mann geriert? Prinzhorn: Diese Kritik ist mir völlig wurscht, weil sie substanzlos ist. Victor Adler war auch nicht arm. Und in Amerika setzen sich reiche Leute dafür ein, dass die Erbschaftsteuer erhalten bleibt. Trend: Wie reich sind Sie eigentlich? Prinzhorn: Im internationalen Vergleich bin ich nicht vermögend. Trend: Aber Ihr Stiftungsvermögen wird doch auf zwei bis drei Milliarden Schilling geschätzt. Prinzhorn: Es stimmt, dass ich 90 Prozent meines Vermögens in die Stiftung gegeben habe. Aber über den Betrag werde ich in meinem Leben nichts sagen.

Victor Adler finanzierte die sozialdemokratische Presse

Laut einer weiteren Pressemitteilung verfügt Thomas Prinzhorn über ein Haus in einem Wiener Nobelbezirk und einen feudalen Wohnsitz in Gießhübl. Zum Vermögen des Großindustriellen, es wird auf zwei bis drei Milliarden Schilling geschätzt, gehören auch noch 350.000 m² Grund. Victor Adler, meint Tho-

mas Prinzhorn, war auch nicht arm. Stimmt das? Wahr ist, dass Victor Adler kein vermögender Mann war. Als Arzt hätte er recht gut verdienen können. Er entschied sich aber, als Armenarzt zu wirken. Als solcher erwirtschaftete er sich kein Vermögen, sondern lernte die Not und das Elend der Ziegelarbeiter auf dem Wienerberg kennen. Als er später von seinem Vater einen größeren Geldbetrag erbte, verwendete er diesen zur Finanzierung der Zeitung „Gleichheit“. Der Vergleich, wie ihn Thomas Prinzhorn anstellt, geht daher daneben.

In seinem Testament ersuchte Victor Adler, seine finanzielle Unterstützung der Partei nicht zu erwähnen. Er sei froh, schrieb er in diesem Testament, dass es ihm durch eine außerordentliche Zuwendung an die Partei möglich gewesen sei, vor seinem Ableben die aufgelaufenen Schulden zu begleichen.

Victor Adler, der Mensch und Kämpfer

Victor Adler studierte an der Wiener Universität, promovierte zum

Doktor der Medizin und wandte sich zunächst den deutsch-national orientierten Gruppen unter Georg Ritter von Schönerer zu. Dieser war Führer der deutsch-nationalen Bewegung. Als jedoch Schönerers antisemitische Tendenzen offenkundig wurden, wandte sich Adler von den Großdeutschen ab. 1869 wurde er Mitglied des 1867 gegründeten Arbeiterbildungsvereins und 1881 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei. 1886 gründete er in Wien die sozialdemokratische Wochenschrift „Gleichheit“ und nach deren Einstellung 1889 die „Arbeiter-Zeitung“. Seine politische Tätigkeit in den folgenden Jahren brachte ihm 17 Verurteilungen und insgesamt 18 Monate Arrest ein. Schon nach Abschluss seines Studiums etablierte er sich, wie schon erwähnt, als Armenarzt.

An sozialen Problemen interessiert, besuchte er Deutschland, England und die Schweiz, wobei er mit August Bebel und Friedrich Engels in Kontakt kam.

Auf dem Hainfelder Parteitag, 30. Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889, gelang es Victor Adler, die in

1935: Staatsgefährliches Grab

Im Jahre 1935, nach der blutigen Zerschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung im Februar 1934, versuchte die Schuschnigg-Regierung das Gedenken zum Todestag Victor Adlers – am Vorabend des 12. November, der in der demokratischen Republik in Erinnerung an deren Gründung Staatsfeiertag gewesen war – zu verhindern. Die im Brünnener Exil erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ berichtete darüber unter anderem:

„Selbst der tote Victor Adler ist für die Diktatoren ein Gegenstand des Schreckens und der Furcht. Und so geschah dem Toten, was dem Lebenden in den Jahren des Kampfes unzähligmals geschehen ist: Ein riesiges Polizeiaufgebot sollte verhindern, dass Victor Adler wieder im Zentrum einer Kundgebung der Wiener Arbeiter stehe.“

Der Zentralfriedhof und der elfte Bezirk waren von der Polizei dicht besetzt. Vom Ring angefangen wurde eine Sperrkette nach der andern gezogen. Spitzel bezeichneten in den Wagen der Straßenbahn die Fahrgäste, welche ‚verdächtig‘ waren, Victor Adler ehren zu wol-

len. Sie wurden von der Polizei aus den Wagen geholt und wahllos verhaftet. Je näher man dem Zentralfriedhof kam, desto umfassender wurden die Absperrungen. Am Friedhof selbst war das Grab Victor Adlers von einer mehrfachen Kette von Wachleuten umzingelt. Selbst Friedrich Adler wurde, als er zum Grabe seines Vaters wollte, von der Wache angehalten. Die Arbeiter, die nicht zum Grabe Victor Adlers konnten, sammelten sich teils im Krematorium bei der Urne Friedrich Austerlitz, teils in der Simmeringer Hauptstraße. Sie wurden von der Polizei vertrieben.

Die Bildungsorganisation der SPÖ Wien veranstaltete im Victor Adler-Saal, 10., Laxenburger Straße 8-10, an dem Ort, wo Victor Adler einst im Favoritner Arbeiterheim wirkte, eine Feierstunde anlässlich seines hundertfünfzigsten Geburtstages. Unter der Moderation von Michael Ludwig sprachen Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer und Bürgermeister Michael Häupl.



150. Geburtstag

„Gemäßigte“ und „Radikale“ zersplitterte Arbeiterschaft zu einigen.

Die von ihm verfasste, auf marxistischer Basis beschlossene Prinzipienklärung, bildete die Grundlage der politischen Arbeit der Partei in den folgenden Jahrzehnten. Unmittelbar vor dem „Einigungsparteitag“ hatte Victor Adler vor allem in der „Gleichheit“ die menschenunwürdigen Lebensverhältnisse der Wienerberger Ziegelerbeiter aufgedeckt. Das mit seiner finanziellen Hilfe gegründete Wochenblatt „Gleichheit“ war ein entscheidendes Instrument für die Beratungen des Hainfelder Parteitages.

1889 begann Victor Adler eine Kampagne für die streikenden Tramwaykutscher, für die er in der Öffentlichkeit große Sympathie fand. Die Antwort der Regierung folgte prompt. Sie löste den Arbeiterverein „Wahrheit“ auf, verbot die „Gleichheit“ und verurteilte Victor Adler zu vier Monaten Arrest. Victor Adler und seine Getreuen gaben nicht auf. An die Stelle des aufgelösten Vereines „Wahrheit“ traten die Vereine „Apollo“ und die „Gleichheit“. Als publizistisches Organ erschien nunmehr die „Arbeiter-Zeitung“. Die erste Folge des neuen Organs der österreichischen Sozialdemokratie erschien als Wochenblatt am 12. Juli 1889.

Victor Adler war Kopf und Herz der „Arbeiter-Zeitung“. Ab 1. Jänner 1895 erschien die AZ täglich. 1890 wurde im Wiener Prater die 1.-Mai-Feier abgehalten. Victor Adler, der für diesen Tag und für den 8-Stunden-Tag gekämpft hatte, verbrachte den 1. Mai in einer Zelle des Wiener Landesgerichtes. „Es war“, wie er schrieb, „ein einsamer Tag, einsamer als jeder andere in den vier Monaten, die ich abzusetzen hatte, aber ein Tag der tiefsten



Victor Adler im Kreis von Favoritner Arbeitern und Sozialdemokraten

Aufregung, die ich heute noch in mir zittern fühle, wenn ich an ihn denke.“

Der Kampf um das Wahlrecht

Fast zwanzig Jahre führte Victor Adler einen Wahlrechtskampf. Er führte zu einem Erfolg. 1901 wurde Victor Adler in den NÖ Landtag und 1905 in den Reichsrat gewählt.

Als einziger Sozialdemokrat gehörte er dem Wahlrechtsausschuss des Reichsrates an und konnte sich hier für die Erlangung des Allgemeinen Wahlrechtes einsetzen, das schließlich unter dem Druck einer Generalstreikdrohung durchgesetzt werden konnte. 1907 war es so weit.

Der Erste Weltkrieg stellte Victor Adler und seine Partei vor einen schweren Gewissenskonflikt. Victor Adler versuchte bis zuletzt, für den Frieden zu

wirken. Die letzte Rede, die er am 3. Oktober 1918 im Reichsrat hielt, war eine Absage an den Habsburger-Staat und ein Bekenntnis zu den Ansprüchen der einzelnen Nationen auf Eigenstaatlichkeit. Es war jedoch zu spät. Das Reich brach auseinander. Am 21. Oktober 1918 konstituierten sich die deutschsprachigen Abgeordneten des Reichsrates als provisorische Nationalversammlung. Der damals schon schwerkranke Victor Adler wurde in den Staatsrat gewählt und trat als Staatssekretär für Äußeres in die Regierung Karl Renners ein.

Am 9. November, an jenem Tag, an dem Karl Renner und Karl Seitz die Vorlage des Gesetzesentwurfes für die Proklamierung der Republik durchsetzten, hielt Victor Adler im Staatsrat seine letzte Rede.

Am Vorabend der Ausrufung

der von ihm ersehnten Republik, für die er gekämpft und gelitten hatte, starb Victor Adler. Er wurde am 15. November 1918 unter ungeheurer Beteiligung der Wiener Bevölkerung auf dem Zentralfriedhof bestattet. Jedes Jahr, am 1. November, legen Abordnungen unseres Bundes an den Ehrengräbern der großen Sozialdemokraten Victor Adler, Engelbert Pernerstorfer, Karl Seitz und Otto Bauer Kränze nieder.

Damit ehren sie die großen Männer der österreichischen Sozialdemokratie. Victor Adler, dem dieser Beitrag gewidmet ist, ist in die Geschichte eingegangen, als Einer der österreichischen Arbeiterbewegung, als Lehrer des österreichischen Proletariats, als Sozialpolitiker und Kämpfer für das Allgemeine Wahlrecht.

Alfred Ströer

Deserteure der deutschen Wehrmacht

Der Bundesvorstand beschloss, die folgende Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben und wie es in der Erklärung heißt, auch die Klubs im Nationalrat über diesen Beschluss zu informieren.

„Am 17. Mai 2001 beschloss der Deutsche Bundestag, die Urteile der NS-Militärjustiz zwischen 1939 und 1945 pauschal aufzuheben. Der Beschluss erfolgte gegen die Stimmen der Abgeordneten der CDU, CSU und FDP. Von der deutschen Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, die seit Jahren um die Rehabilitation der Verurteilten kämpft, wurde dieser Beschluss als Erfolg ihrer langjährigen Tätigkeit begrüßt. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages hat auch in Österreich die Debatte über dieses Thema neu entfacht, denn auch bei uns ist diese Frage noch offen.

Unter der Nazi-Herrschaft wurden rund 22.000 Menschen

von den NS-Militärs zum Tode verurteilt, davon wurden rund 15.000 Urteile vollstreckt; darunter befanden sich auch zahlreiche Österreicher, die in den Hitler-Armeen dienen mussten. Es wäre an der Zeit, wenn der Österreichische Nationalrat den Beschluss fassen würde, diese Urrechtsurteile aufzuheben. Dadurch würde für die Überlebenden, bzw. die Witwen und Nachkommen der Justifizierten, das Entschädigungsrecht für NS-Opfer zum Tragen kommen“. Die Desertion, auch Fahnenflucht genannt, wurde für viele Soldaten, die erzwungenermaßen ihren Kriegsdienst für den Unrechtsstaat leisten mussten, zum einzigen Ausweg aus der Gewissensnot. Fahnenflucht, Desertion war daher in zahlreichen Fällen auch Ausdruck des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Wie war das mit den Soldaten, die aus der Ein-

heit flüchteten oder nach einem Urlaub nicht mehr zur Truppe zurückkehrten?

Man muss wissen, dass unter der nationalsozialistischen Diktatur die Fahnenflucht, Desertion, als das „gemeinste militärische Verbrechen“ an der Wehr- und Volksgemeinschaft des Nationalsozialistischen Staates galt. Schon in seinem berühmten Buch „Mein Kampf“ schreibt Adolf Hitler über „schwache, schwankende oder gar feige Bur-schen“: „An der Front kann man sterben, als Deserteur muss man sterben. Nur durch solch eine drakonische Bedrohung jedes Versuches durch Fahnenflucht kann eine abschreckende Wirkung, nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesamtheit erzielt werden.“

Nach dieser von Adolf Hitler vorgegebenen Richtschnur urteilten später die Richter der deutschen Wehrmacht. Sie lieferten

tausende Soldaten, die auch als „Wehrmachtsschädlinge“ bezeichnet wurden, den Erschießungskommandos aus.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden rund 35.000 Urteile wegen Fahnenflucht gefällt, 22.750 wurden zum Tode verurteilt und von diesen wurden 15.000 hingerichtet. Daran waren rund 3.000 Wehrmachtsrichter beteiligt. Nur wenige von ihnen mussten sich nach 1945 vor den ordentlichen Gerichten verantworten. Aus den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen geht hervor, dass nur ein Richter verurteilt wurde. In Österreich leben rund 200 Männer, die überlebten, aber immer noch als Fahnenflüchtlinge gelten. Es wäre an der Zeit, wenn man diese Personengruppe von dem Makel „Feiglinge“ zu sein, oder anders lautender Bezeichnungen, durch eine generelle Amnestie befreien würde. ■

Alfred Ströer

Militärschießstätte Kargan

Tödlicher Schicksalsort wurde der Militärschießplatz Kargan für viele Deserteure, aber auch für Widerstandskämpfer und andere NS-Opfer. Darüber erscheint im kommenden Herbst eine Publikation des DÖW. Die Verfasser – Herbert Exenberger und Heinz Riedel – haben die Geschichte dieser Militärschießstätte eingehend recherchiert, vor allem ihre Funktion als Schauplatz der Erschießungen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Die Schrift wird eine Chronologie der Erschießungen, die Lebensläufe der Hingerichteten und erschütternde Einzelheiten über Brutalität und auch Unberechenbarkeit der NS-Blutjustiz enthalten. Ein besonders grausiges „Spektakel“ leistete sich der SS-Standartenführer und Kommandant der Feuerschutzpolizei Ingenieur Stanzig bei der ebenfalls in Kargan durchgeführten Hinrichtung von Wiener Feuerwehrmännern, die eine Widerstandsgruppe gebildet hatten. 46 von ihnen, deren Widerstand vom Beispiel des 1934 von den Austrofaschisten hingerichteten Floridsdorfer Feuerwehrrückführer Georg Weissel beseelt war, wurden im März 1944 in das KZ Mauthausen eingeliefert.

Fünf von ihnen waren zum Tode verurteilt worden.

Als Vorabdruck aus der Broschüre geben wir hier die weiteren Vorgänge auszugsweise wieder: „Aus dem Konzentrationslager Mauthausen wurden die fünf zum Tode und dauernden Ehrverlust verurteilten Feuerwehrmänner Franz Pascher, Johann Perthold, Hermann Plackholm, Oskar Schlaf und Johann Zak am 27. Oktober 1944 nach Wien gebracht und im Polizeigefangenenhaus 9., Roßbaurstraße 7, eingesperrt. ... Am frühen Morgen des 31. Oktober 1944 wurden die fünf zum Tode Verurteilten an Pfählen auf dem Militärschießplatz Kargan angebunden, ihre zwangsweise abkommandierten Kameraden mussten im offenen Karree antreten, Zak rief noch „Ich grüße meine Kollegen“, Plackholm ergänzte „Auch ich“, dann erschoss ein Exekutionskommando Hermann Plackholm und Johann Zak. Den drei anderen an Pfähle gebundenen Feuerwehrluten, die die Hinrichtung ihrer beiden Freunde und Gesinnungsgenossen miterleben mussten, teilten die barbarischen Henker nach diesem grausigen „Spektakel“ ihre Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus mit und schickten sie wieder in das Konzentrationslager Mauthausen ...“

Letzter Weg der „Spiegelgrund-Opfer“

Am 28. April 2002 fand auf dem Wiener Zentralfriedhof ein feierlicher Trauerakt für die „Spiegelgrund-Opfer“ statt. Anschließend erfolgte die symbolische Beisetzung von zwei Urnen in einer von der Stadt Wien ehrenhalber gewidmeten Grabstelle (Gruppe 40 – Opfer des Nationalsozialismus). Die knapp 600 Urnen mit Überresten von Opfern der Kindereuthanasie waren auf Wunsch der Angehörigen schon in den Tagen zuvor bestattet worden.

Mit der Gedenkstunde und der Beisetzung fand der tragische Weg der Kinder vom Spiegelgrund nach mehr als einem halben Jahrhundert endlich seinen Abschluss. „Am Spiegelgrund“, der einstigen Kinderfachabteilung der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof, wurde das ärztliche Gebot des Heilens und Pflegens in sein Gegenteil verkehrt. Im Rahmen des NS-Euthanasieprogramms wurden hier ungefähr tausend Kinder, die als „unwertes Leben“ eingestuft worden waren, getötet, oft erst nach Experimenten der sie behandelnden



Schulkinder zeigten Bilder der Spiegelgrund-Opfer

den Ärzte. Ihre sterblichen Überreste, vor allem die Gehirne, wurden jahrzehntelang in der Prosektur des „Otto-Wagner-Spitals“ aufbewahrt. Die Präparate wurden für Lehr- und Forschungszwecke verwendet.

Zu den Ärzten, in deren Wissenschaftsverständnis auch für Mord Platz war, ist auch Dr. Heinrich Gross zu zählen, der bekanntlich nicht nur Jahrzehnte hindurch als Gerichtssachverständiger geschätzt war, sondern 1968 auch ein eigenes „Ludwig – Boltzmann-Institut zur Erfor-

schung der Missbildungen des Nervensystems“ erhielt, in dem die konservierten Gehirne systematisch aufgearbeitet wurden.

Als Gross' Rolle schließlich durch die „Arbeitsgemeinschaft kritische Medizin“ des Dr. Werner Vogt und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands an die Öffentlichkeit gelangte, wurde die geforderte Bestattung der Überreste der ermordeten Kinder noch einmal aufgeschoben, weil mit einem Prozess gegen den Arzt zu rechnen war. Nachdem Gross als

nicht mehr handlungsfähig eingestuft wurde, war der Weg für die Bestattung frei.

Bei dieser Gedenkzeremonie sprachen Bundespräsident Klesstil, Bürgermeister Häupl und Caritas-Direktor Michael Landau. Ein Spalier von 50 Jugendlichen mit Fotos von „Spiegelgrund Opfern“ in den Händen bildete die Begleitung des Spaliers zur Begräbnisstätte. Ein Endlostonband verkündete die Namen und das Alter der Ermordeten. Auf der Einladung stand, was schon die Antike über Menschenwürde wusste: „Jeder hat ein Recht darauf, begraben zu werden“ (Sophokles, „Antigone“).

Im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien, 14., Baumgartner Höhe 1, wurde jüngst eine Ausstellung des DÖW eröffnet, die unter dem Titel „Der Krieg gegen die ‚Minderwertigen‘“ Aspekte der Geschichte der NS-Medizin in Wien behandelt. Sie ist Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 16 Uhr, Freitag 16 bis 20 Uhr geöffnet. Eintritt frei. Kontakte: 0699/12 3992 35. ■

NS-Justizopfer bestattet

Am 22. März 2002 wurden auf dem Wiener Zentralfriedhof mehr als 200 Überreste von NS-Opfern bestattet. Es handelte sich dabei um Leichenteile von 1.377 Menschen, die von der Nazi-Justiz wegen Widerstandes gegen das Regime, wegen Hochverrats oder „aus rassischen Gründen“ im Wiener Landesgericht geköpft worden waren.

Die meisten der Verurteilten fielen im Jahr 1944 dem Henkerbeil zum Opfer. Die Körper wurden der Wiener Universität für Sezierungskurse und die Herstellung von Präparaten überlassen. Bei der Bestattung sprach der Vor-

sitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Professor Alfred Ströer, namens der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft der KZ- und Opferverbände Worte des Gedenkens.

„Es waren Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, darunter viele Freunde, die uns unvergessen bleiben. Zu den im Wiener Landesgericht Hingetrichteten kommen noch jene Frauen und Männer, die in Berlin-Plötzensee, Prag, Graz, München-Stadlheim und an anderen Orten ihr Leben lassen mussten.“

Der Widerstand gegen das NS-Regime forderte einen hohen Blutzoll. Durch Aktivitäten im

Widerstand, als Partisanen oder als Soldaten in den alliierten Armeen verloren rund 35.000 Österreicher ihr Leben; rund 100.000 waren aus politischen Gründen inhaftiert. Rund 65.000 österreichische Juden wurden ermordet. Über 247.000 unserer Mitbürger zählen wir als Kriegsoffer, darunter mehr als 20.000 Zivilisten, die bei Bombenangriffen ums Leben kamen.“

Ströer führte ein erschütterndes Beispiel an, wie die NS-Justiz in Wien „arbeitete“:

„Im Oktober 1943 standen vier junge Leute, zwei Mädchen und zwei Burschen, vor dem V. Senat des Volksgerichtshofes in

Wien. Zwei der Angeklagten waren zur Zeit der Tat Jugendliche. Der Senat, dem hohe SA- und SS-Führer angehörten, setzte sich über den Paragraphen 3 des damals geltenden Jugendgerichtsgesetzes hinweg und verurteilte sie zum Tode – weil, wie es in der Urteilsbegründung hieß, die Angeklagten zur Tatzeit einen Grad der Verstandes- und Willensreife und ein Urteilsvermögen erreicht gehabt haben, das sie durchaus in die Lage versetzt hat, das Verwerfliche ihrer strafbaren Handlungen in voller Tragweite einzusehen und dieser Einsicht gemäß zu handeln.“ Alle vier wurden hingerichtet. ■



15. Juli 1927: Schicksalstag der Republik



Säbelattacke der berittenen Polizei gegen die empörten Demonstranten

Der 15. Juli 1927 war ein Schicksalstag der Ersten Republik: Mit dem Massaker vor dem Justizpalast, der schwersten Konfrontation zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Regierung vor dem Februar 1934, erlitt die Hoffnung der Sozialdemokratie auf einen demokratischen Machtwechsel im Staat einen schweren Schlag. Die Kluft zwischen den zwei großen politischen Lagern war nicht mehr zu schließen.

„Da geht nun eine Abteilung vor, ich habe sie gehen gesehen, das Gewehr in der Hand. Leute, die zum größten Teil nicht schießen gelernt haben. Sie stützten den Kolben auch beim Schießen gegen den Bauch und schossen links und rechts auf die Seite, und wenn sie Menschen sahen – es war eine kleine Gruppe vor dem Stadtschulratsgebäude, eine größere Gruppe gegenüber dem Parlament –, da schossen sie. Der Menge bemächtigte sich eine wahnsinnige Angst; sie hatten zum größten Teil die Abteilung gar nicht gesehen. Man sah die Leute in blinder Angst davonlaufen, und die Wachleute schießen den Laufenden nach.“

Eine Szene wie aus einem Alptraum – aber sie ist keine Schimäre, sie stellt dar, was sich am 15. Juli 1927 in den Straßen Wiens

abspielte. Der Mann, der mit diesen Worten über die Vorgänge an diesem Schicksalstag der Ersten Republik berichtet, ist einer der vielen Augenzeugen, allerdings ein prominenter: der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, der in der den Ereignissen um den Justizpalast folgenden Parlamentsdebatte das Vorgehen der von der Regierung ausgeschickten Polizei schonungslos darstellt.

85 tote Zivilisten und vier tote Polizeibeamte (darunter einer, der von den Kugeln seiner Kollegen getroffen wurde), außerdem mehr als tausend Verletzte – das war die tragische Bilanz dieses „schwarzen Freitags“ der Republik. Die tiefe Kluft zwischen dem bürgerlichen Lager und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wurde mit diesem Tag zu einer schwärenden Wunde; die beiden „Lager“ standen einander fortan unversöhnlich gegenüber.

Was sich an diesem 15. Juli in Wien ereignete, stellt sich im historischen Rückblick als unentwirrbarer Knoten von blinder Empörung und aufgestaumtem Haß, von Gewalttätigkeit und Angst, von politischer Fehleinschätzung und bewusster Aktion, und von einem in solchen Situationen offenbar unvermeidlichen Pallawatsch mit tragischen Auswirkungen dar.

Der Anlass für die Vorgänge, die schließlich in einem unfassbaren Polizeimassaker endeten, lag Monate zurück. Am 30. Jänner 1927 war im burgenländischen Grenzort Schattendorf von „Frontkämpfern“, Angehörigen einer der rechtsstehenden Wehrorganisationen, wie sie sich nach dem Ende des Weltkriegs gebildet hatten, aus einem Gasthaus auf Leute geschossen worden, die zu einer Gegenversammlung des sozialdemokratischen Schutzbundes vorbeizogen. Dabei wurden ein Kriegsinvalid und ein Kind tödlich getroffen – das wurde selbst in dieser Zeit, in der gewalttätige Zusammenstöße zwischen links und rechts keine Seltenheit waren, als empörende Mordtat empfunden.

Anfang Juli standen die Todesschützen vor einem Geschworenengericht in Wien. Sie waren nicht wegen eines Tötungsdelikts, sondern nur wegen öffentlicher Gewalttätigkeit angeklagt, was ein bezeichnendes Licht auf die Einseitigkeit staatsanwaltschaftlicher Entscheidungen wirft.

Die Öffentlichkeit verfolgte die Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit; die Arbeiterbewegung, obwohl durch Freisprüche in früheren Prozessen um politische Gewalttaten ohne große Illusionen, erwartete dennoch eine Verurteilung. Am 14. Juli sprachen die Geschworenen die Angeklagten mit sechs gegen drei Stimmen frei. Um 21.30 Uhr wurde das Urteil den vor dem Grauen Haus wartenden Menschen bekanntgegeben. Die Nachricht verbreitete sich rasch und löste insbesondere in den Arbeiterbezirken Empörung aus.

Die Arbeiter der Nachtschicht in der Zentrale der Wiener E-Werke in der Marianengasse gehörten zu den Ersten, die davon erfuhren. Sie waren zu Streik und Demonstration entschlossen und entsandten eine Delegation in das sozialdemokratische Parteihaus an der Rechten Wienzeile. Die Parteiführer dort wollten einen Massenprotest gegen das Urteil vermeiden, weil es Geschworene waren, die es gefällt hatten – und gerade die Linke hatte stets Geschworenengerichte verlangt.

Die Delegierten trafen nur den Chefre-

dakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich Austerlitz an, der eben einen leidenschaftlichen Leitartikel für die Morgenausgabe geschrieben hatte. Er nannte darin die (überwiegend bäuerlichen) Geschworenen „eidbrüchige Gesellen“. Er warnte eindringlich davor, dass aus einer solchen Aussaat von Unrecht, die eigentlich schon Bürgerkrieg sei, nur schweres Unheil entstehen könne. Doch einen Rat, wie sie handeln sollten, wollte Austerlitz den E-Werkern nicht geben.

Diese beschlossen daraufhin den Streik. Als Bürgermeister Seitz davon um 3 Uhr früh verständigt wurde, alarmierte er den Schutzbundführer Deutsch. Gemeinsam konnten sie den Streik auf eine Abschaltung des Stroms für die Straßenbahnen beschränken. Dies wurde in den Morgenstunden in den über das Urteil aufgebrachten Arbeiterbezirken von vielen als Signal betrachtet, sich zum Protest in die Stadt in Marsch zu setzen.

Als sich die ersten Demonstrantenzüge vor dem Parlament einfanden – sie kamen spontan, zu spät war der Schutzbund alarmiert worden, um, wie sonst üblich, seine Ordner zur Stelle zu haben – und gegen die dünne Postenkette an der Rampe drängten, kam es zur ersten unüberlegten Reaktion seitens der Polizei: Der Stadtkommandant gab einem Trupp „Berittener“ den Befehl zu einer Säbelattacke gegen die Menge. Die Menschen, gegen den Schmerlingplatz abgedrängt, erfasst eine ungeheure Empörung. Von den Baustellen ringsum bewaffnen sie sich mit Steinen, Latten, Klampfen. Ein nervöser junger Polizist gibt einen Schuss ab, ein junger Bursch wird schwer verletzt, es heißt, er ist tot. Die volle Wut der Demonstranten richtet sich nun gegen die Polizei.

Das Wachzimmer in der Lichtenfelsgasse wird gestürmt, Uniformstücke werden auf Laternenpfähle gehängt. Dadurch entstehen Gerüchte über Lynchmorde an Wachbeamten – das wieder heizt das Polizeikorps auf. In der Umgebung werden die Redaktionen der deutsch-nationalen „Wiener Neuesten Nachrichten“ und der christlich-sozialen „Reichspost“ – sie haben den Freispruch gepriesen – verwüstet.

Bundeskanzler Seipel, in der routinemäßigen Sitzung seines Bürgerblock-Kabinetts über die Vorgänge informiert, ordnet schon in den Vormittagsstunden ein hartes Durchgreifen an. Glaubte er an den Ausbruch einer Revolution – oder war dieser Glaube eher der Vorwand, die bei den Wahlen im Frühjahr erstarkten Sozialdemokraten



Prälat Ignaz Seipel zeigte sich gegenüber den Opfern „ohne Milde“.

in die Schranken zu weisen? Innenminister Hartleb vom Landbund und Polizeipräsident Schober werden jedenfalls mit der „Wiederherstellung der Ordnung“ beauftragt.

Indes sind die Ereignisse vor dem Justizpalast eskaliert. Vom Parlament abgedrängt, sieht die Menge im Justizpalast das Symbol des permanenten Unrechts, dem sich die Arbeiterschaft in diesem bürgerlichen System ausgesetzt sieht. Einige unbesonnene, radikale Burschen dringen in das Gebäude ein. Sie beginnen, Aktenbündel und Schreibmaschinen aus den Fenstern zu werfen. Im Inneren des Gebäudes werden Akten und Möbel in Brand gesteckt. Der Weltkriegsgeneral Theodor Körner, Bundesrat und einer der Väter des Schutzbundes, eilt vom Parlament herbei und sorgt dafür, dass alle Menschen unbeschadet aus dem Justizpalast herauskommen. Aus dem Haus schlagen Flam-



Polizeipräsident Schober: „Die Ordnung ist wiederhergestellt.“

men und Rauchwolken. Vergeblich versucht Bürgermeister Seitz, der Feuerwehr einen Weg durch die dicht gedrängte Menge zu bahnen.

Die Regierung denkt an Militäreinsatz, doch dazu bedarf es der Zustimmung des Wiener Landeshauptmanns. Sie wird nicht erteilt. Daraufhin wird die Polizei mit Karabinern bewaffnet. Rosa Jochmann, als junge Frau in einem der Demonstrationzüge, erinnert sich später: „Plötzlich stockte der Zug, irgendetwas hinderte die Ersten am Weitermarschieren. Ich trat aus dem Zug, und zu meinem namenlosen Entsetzen sah ich, ungefähr dreißig Meter entfernt, zwei Reihen Wachleute stehen. Die erste Reihe kniete nieder, die zweite Reihe blieb stehen, und schon wurde die Salve abgefeuert.“

Auf diese Weise wurden der Schmerlingplatz und die angrenzenden Gassen „gesäubert“. Die entsetzten Menschenmassen flüchteten, Tote und Verletzte blieben auf der Straße liegen. Die Polizisten, nun schon ohne Hemmungen, verfolgten die Fliehenden, immer wieder fielen Schüsse. „Manchmal hat's schon ausg'schaut wie eine Hasenjagd“, muss Innenminister Hartleb nachher zugeben. Auch in den Außenbezirken ist die Polizei schnell mit der Schußwaffe zur Hand, wenn sich Protestierer zeigten. Wie wenig von einem Aufstand oder auch nur von Notwehr angegriffener Wachleute die Rede sein konnte, beweist die ungleiche Opferbilanz: 85 tote Zivilisten, 4 tote Polizisten.

Vor dem riesigen Katafalk, auf dem die Särge der Opfer auf dem Zentralfriedhof stehen, scheint Versöhnung unmöglich. Die andere Seite denkt auch gar nicht an eine solche, sie will zeigen, wer der Herr im Land ist. Bundeskanzler Seipel lehnt die Amnestierung von „Aufrührern“, die vor Gericht gestellt werden, ab. Es fällt der Satz: „Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen an den Unglückstagen gegenüber milde erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik.“

Für die Sozialdemokraten, für die Arbeiterschaft ist der Regierungschef zum unbarmherzigen „Prälaten ohne Milde“ geworden; dennoch zählt sie noch immer auf die Entscheidung durch den Stimmzettel. Die Christlichsoziale Partei nähert sich immer mehr den Heimwehrfaschisten. Der Weg der Republik in den Abgrund ist vorgezeichnet.

Manfred Scheuch



Das war Ernest Pollak



Foto: privat

Am 17. März starb Ernest Pollak. Geboren wurde er am 5. 10. 1908 als außereheliches Kind in Wien. Mit Roda Roda (Alexander-Sándor Rosenfeld) war er verwandt, mit Karl Czernetz durch seine Heirat mit Isabella geborene Feldmann verschwägert. So spannte sich auch sein Lebensbogen vom Schreiber/Journalisten zum politisch aktiven Menschen. Nein, Massenredner war Ernest Pollak nicht. Aber im „Smalltalk“ war er geübt. In seiner Jugend als Filmkurier, Zeitungsausträger usw. tätig. Obwohl nach seinen Angaben sein Vater, ein bekannter Anwalt, auch als Anwalt der Sozialdemokratie tätig, ihm ein Studium, natürlich Rechtswissenschaften, ermöglicht

Nie mehr werden wir seine Standardfrage „Kennst du den Witz: ‚Bevor der Krach beginnt ...?‘“ vernehmen, nie mehr werden wir seinen Schnurren und Histörchen lauschen können, niemand mehr wird von ihm ein Kuvert mit Fotos überreicht bekommen. Einsam, still und leise ist er von uns gegangen.

hätte, schlug sich Ernest mit diversen Kurzzeitbeschäftigungen herum und durch, bis er zu seinem Wunschberuf „Journalist“ kam. Früh stieß er zur Sozialdemokratischen Arbeiterjugend, der SAJ, wurde in Wien Döbling Bildungsreferent, war bei den Kinderfreunden und bald schon als einer der Sekretäre von Karl Heinz beim „Republikanischen Schutzbund“. Der 12. Februar 1934 bedeutete auch für Ernest den Verlust seiner, nämlich der sozialdemokratischen, Familie. Doch auch in der Illegalität war es für ihn, den in der Zwischenzeit anerkannten Journalisten, leichter für die RS und den Schutzbund tätig zu sein. So interviewte er damals die führenden Vertreter des Austrofaschismus und durch seine geschickt gestellten Fragen konnte er der in die Illegalität gedrängten Sozialdemokratie manch nützlichen Hinweis zukommen lassen.

Nach dem 13. März 1938 war

es auch für Pollak nicht mehr ratsam zu Hause zu übernachten. So floh Ernest über Passau, Stuttgart nach Köln, von wo aus er die belgische Grenze illegal überschritt. Dort lernt er auch Isabella, seine spätere Ehegattin, kennen. 1939 wurde geheiratet. Über Belgien führte der Weg nach Portugal und von dort nach Kanada. An eine Rückkehr nach Wien dachten die Pollaks zunächst nicht.

Als die SPÖ unter Bruno Kreisky die politische Verantwortung übernommen hatte, wurde die Rückkehr in die Heimat geplant. Sofort, Mitte der 70er Jahre stellten sich Ernest und Bella der SPÖ zur Verfügung, sie besuchten ihre Sektion. Von Döbling war Ernest über die Donau nach Floridsdorf gekommen, aber er blieb ein Döblingler. Bei der Alt-SAJ mit Alfred Weissmann, Shella Hanzlik und anderen ehemaligen Jugendfunktionären entwickelte sich ein

enger Kontakt. Natürlich mit den Freiheitskämpfern – und hier in erster Linie mit Rosa Jochmann – gab es viele anregende Stunden.

Nach Isabellas Tod im Jahr 1995 wurden auch die Aktivitäten Ernests zurückgeschraubt. War er früher stets mit der Kamera unterwegs, so fotografierte er in den letzten beiden Jahren kaum noch. Ein wenig traurig war er auch, dass seine Lebenserinnerungen (welche er unter dem Pseudonym Ernst Roller) veröffentlichten wollte, keinen Verlag gefunden hatten. So bleibt wohl sein auch ein wenig autobiographischer Roman „... wer mit Hunden schlafen geht“ für die Öffentlichkeit verloren. Nach einem Sturz in seiner Wohnung starb Ernest Pollak im 94. Lebensjahr. Er bleibt uns allen unvergessen. ■

Wir gratulieren:

Zum 100. Geburtstag: Louise Axelrad, Leopold Hlavacek, Wien. **99. Geburtstag:** Rudolf Horak, Wien. **97. Geburtstag:** Karl Strasser, Wien. **96. Geburtstag:** Rudolf Guttmann, Pottendorf; Friederike Schneeweis, Salzburg; Josef Dorfer, Zederhaus. **95. Geburtstag:** Johann Thöne, Wien. **94. Geburtstag:** Franz Komarek, Dr. Erna Sailer, Josef Votter, Wien. **93. Geburtstag:** Anna Baumgartner, Furth bei Göttweig; Hellmuth Rattacher, Rum; Wilhelm Reiter, Wien. **92. Geburtstag:** Max Hendrich, Bruck/Mur; Paula Billes, Eisenstadt; Aloisia Biss, Gablitz; Josef Frana, Karoline Sperlich, Anny Zahalka, Wien. **91. Geburtstag:** Anton Mies, Ternitz; Prof. Dr. Alfred Gisel, Siegfried Jellinek, Paula Wiesinger, Wien. **90. Geburtstag:** Gottfried Kreindl, Bruck/Mur; Anton Winkler, Innsbruck; Aloisia Lackinger, Linz; Margarete Nekam, Rosa Strebl, Ferdinand Wetzelhofer, Otto Wolf, Margarete Zach, Wien. **85. Geburtstag:** Hilde Zechner, Bruck/Mur; Maria Dauner, Mödling; Johann Kaiser, Mag. Adolf Neurath, Engelbert Temmel, Margarete Trappl, Leopoldine Vasek, Wien. **80. Geburtstag:** Dr. Benjamin Bowman, Hollabrunn; Mathias Lavender, Hornstein; Dipl.-Ing. Ladislav Runser, Klosterneuburg; Valerie Molitschnig, Magdalensberg; Franz Schöndorfer, Pfaffstätten; Erna Putz, Salzburg; Dr. Konrad Köck, Bgm. a. D. Hans Schickelgruber, St. Pölten; Ludwig Rechtberger, Steinbrunn; Johann Hörbart, Waldhausen; Ilse Nossian, Zwettl; Dkfm. Wolfgang Baderle, Johann Wilhelm Blaha, Leopold Hirsch, Grete Horn, Maria Risavy, Anna Ritz, Anna Siczowsky, Wien. **75. Geburtstag:** Alois Buchner, Braunau/Inn, Josef Handler, Eisenstadt; Wilhelm Brunner, Feldkirchen; Josef Neuherz, Krems; Emma Gruber, LR Leo Habringer, Johanna Meisinger, LAbg. Alois Schwarzwinger, Linz; Herfried Vincze, Vösendorf; Johann Dvorak, Wolkersdorf; Otto Bauer, Paul Klein, Richard Maierhofer, Margareta Patzelt, Bgm. a. D. Prof. Dr. Helmut Zilk, Wien.

TRAUER UM F. PESCHEK

Die St. Pöltner Sozialdemokraten trauern um Franz Peschek: Am 20. April 2002 ist er im 98. Lebensjahr verstorben. 1904 geboren, trat er schon während seiner Lehrzeit bei Voith der Partei und Gewerkschaft bei. Als Funktionär und ausgezeichnete Agitator für die Sache der Sozialdemokratie, verlor er in der Zwischenkriegszeit seine Arbeit. In der Illegalität politisch aktiv blieb er als Mitglied der Revolutionären Sozialisten. Nach dem Kriegsdienst war er wieder bei Voith tätig, wurde Betriebsrat und auch in den Gemeinderat gewählt. „Seine politischen Ratschläge werden uns fehlen“, sagte der Vorsitzende der NÖ-Freiheitskämpfer Karl Gruber.

Die Auslöschung von Lidice

Im Bericht über die Vernichtung des Dorfes Lidice bei Kladno, unterzeichnet vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Prag, Böhme, heißt es:

„Am 9. 6. 1942, um 19.45 Uhr, teilt mir SS-Gruppenführer K. H. Frank aus Berlin fernmündlich mit, dass auf Grund einer Führerbesprechung die Ortschaft Liditz folgendermaßen noch am gleichen Tage zu behandeln ist:

□ Alle männlichen Erwachsenen sind zu erschießen,

□ alle Frauen sind in ein Konzentrationslager zu überstellen,

□ die Kinder zu sammeln, und, soweit eindeutschungsfähig, an SS-Familien ins Reich zu geben. Der Rest wird einer anderen Erziehung zugeführt,

□ die Ortschaft ist niederzubrennen und dem Erdboden gleich zu machen ...“

Noch in der Nacht dieses 9. Juni begann die Ausführung des Befehls. Die Bewohner erhielten im Morgengrauen den Befehl, sich in der Schule zu sammeln. Dort musste alles Geld und aller Schmuck abgegeben werden. Die Männer wurden von ihren Familien getrennt, Frauen und Kinder wurden nach Kladno transportiert. „Nach dem Abtransport der Frauen und Kinder (198 Frauen und 98 Kinder) wurden 173 erwachsene Einwohner durch ein Exekutionskommando in der Stärke von 1 Offizier, 2 Unterführern und 20 Mann erschossen“, vermerkt Böhme in seinem Bericht. Das Dorf wurde angezündet, die Mauern der Brandruinen wurden von SS-Pionieren gesprengt, selbst der Friedhof wurde eingeebnet. Die Frauen von Lidice kamen ins KZ Ravensbrück, einige Kinder, die den „NS-Rasseforschern“ genehm erschienen, wurden deutschen Familien zugeteilt. Von den anderen Kindern wurden die meisten im KZ Chelmno er-



Einige der österreichischen TeilnehmerInnen an der Lidice-Gedenkfeier: Edith Krisch, Dr. Hans Dietl und Käthe Sasso

mordet. Mit den später in den KZs Ermordeten fielen insgesamt 340 Bewohner von Lidice der Nazi-Mordaktion zum Opfer.

Die Auslöschung von Lidice (und dann auch des Dorfes Lezaky) war ein Teil der Strafaktionen der Naziführung nach dem Attentat, dem der „Reichsprotector“ Reinhard Heydrich am 27. Mai 1942 zum Opfer gefallen war. Hitler hatte den hohen SS-Führer nach Prag geschickt, weil sich in Böhmen nach dem Überfall auf die Sowjetunion der Widerstand spürbar verstärkt hatte. Heydrich löste den von Hitler als zu wenig energisch betrachteten Diplomaten Konstantin von Neurath als Reichsprotector ab. Inzwischen hatte Beneš' Exilregierung in London mit Hilfe der britischen Luftwaffe Fallschirmspringer für den Einsatz im Protektorat ausgebildet. Zwei dieser Männer, Jozef Gabčík und Jan Kubiš, wurden bereits in der Nacht von 28. auf 29. Dezember 1941 abgesetzt und nahmen Verbindung mit Widerstandsgruppen

auf. Am 27. Mai 1942, wenige Stunden, ehe Heydrich für einen neuen Sonderauftrag zu Hitler fliegen sollte, gelang im Prager Vorort Holesovice das Attentat auf den Wagen des SS-Führers; als die MP des einen At-

tentäters versagte, warf der andere eine Handgranate. Der schwer verletzte Heydrich war von den Ärzten nicht mehr zu retten. Die Verfolgung der Attentäter blieb zunächst vergeblich.

Gestapo und SS wüteten gegen Widerstandsgruppen und im System der Sippenhaftung gegen völlig unbeteiligte Menschen. Innerhalb weniger Wochen wurden an die 2.000 Personen hingerichtet. Hitler wollte ein Exempel statuieren. Nicht bewiesene Gerüchte, wonach die Attentäter in Lidice Unterstützung gefunden hätten, hatten den Befehl zur Vernichtung des Orts zur Folge. Schließlich wurde auch das Versteck der Attentäter und 5 weiterer Kämpfer in der Krypta der orthodoxen Kirche in Prag aufgespürt. In einem verzweifelten Widerstand verteidigten sich die Fallschirmjäger bis zur letzten Patrone.

Lidice wurde zu einem Symbol für die Nazi-Barbarei in Europa. Die Nazis selbst sorgten für die Publizität und lösten damit weltweite Empörung und einen verstärkten Widerstand aus. ■

Gedenken in Lidice

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, der der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und der KZ-Verband angehören, nahm mit einer größeren Gruppe an der Gedenkfeier teil, die anlässlich des 60. Jahrestages der Vernichtung des Dorfes Lidice und der Ermordung seiner männlichen Einwohner stattfand. Unter den Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft befanden sich auch zwei Öster-

reicherinnen, nämlich Irma Trksak und Käthe Sasso, die mit den deportierten Frauen aus Lidice im KZ Ravensbrück Jahre des Schreckens und des Terrors verbringen mussten. Die überlebenden Frauen von Lidice kehrten nach dem Ende der Nazi Herrschaft in ihre Heimat zurück, wo ein neues Dorf Lidice entstand. Die vermissten Kinder wurden europaweit gesucht. Von den überlebenden Kindern konnten nur wenige zu ihren Müttern zurückkehren, eines davon ist der heutige Bürgermeister von Lidice, Vaclav Zelenka.

Von der Wannsee-Konferenz zum Massenmord

Unter diesem Titel fand eine Veranstaltung der Wiener SPÖ-Bildung und des Wiener Landesverbandes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus im Karl-Czernetz-Bildungszentrum in der Praterstraße statt. Der Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Abg. z. NR a. D. Ing. Ernst Nedwed, eröffnete und sprach zu der von der „Gedenkstätte Wannsee-Konferenz“ zur Verfügung gestellten Ausstel-

lung, die anhand von Dokumenten und Fotomaterial die verbrecherischen Pläne der Nationalsozialisten zur Vernichtung der europäischen Juden dokumentiert.

Unter dem Vorsitz von LABg. Dr. Michael Ludwig hielt Prof. Rudi Gelbard einen fundierten Vortrag über die Wannsee-Konferenz und ihre Folgen, der von den zahlreichen Teilnehmern mit großem Interesse aufgenommen und diskutiert wurde.



Gelbard, Ludwig, Nedwed im Karl-Czernetz-Bildungszentrum

Bertha-von-Suttner-Ring?

Die Sozialistische Jugend Wien schlägt die Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings in Bertha-von-Suttner-Ring vor. Sie weist darauf hin, dass der Name Lueger untrennbar mit der österreichischen Prägung des Antisemitismus verbunden ist und Hitler in seinem „Mein Kampf“ diesen Wiener Bürgermeister diesbezüglich als eines seiner Vorbilder bezeichnete. Bertha von Suttner war die erste Trägerin des Friedensnobelpreises; ihr Name würde der Straße, an der die Universität Wien liegt, besser anstehen. (Zudem hat ja Wien ohnedies noch den Dr.-Karl-Lueger-Platz mit einem riesigen Denkmal als Würdigung für Luegers kommunale Leistungen).

Die nächste Ausgabe unserer Zeitschrift erscheint im September 2002

Heinz Fischers Mahnung

Das offizielle Österreich gedachte am 3. Mai – zum siebenten Mal seit dem Jahre 1997 – im historischen Sitzungssaal des Parlaments der Opfer des Nationalsozialismus (nur im Vorjahr war die Gedenksitzung in die Hofburg verlegt worden, weil SPÖ und Grüne den damaligen Bundesratsvorsitzenden Gert Klamt, FPÖ, als Redner abgelehnt hatten). Vertreter der drei in der Arbeitsgemeinschaft der Widerstandskämpfer und KZ-Verbände vereinten Organisationen waren als Ehrengäste geladen.

Nationalratspräsident Heinz Fischer sagte in seiner Gedenkrede es sei deprimierend, wenn man auf Fotos oder im TV junge Menschen sehe, die sich zu Symbolen oder Gedankenelementen der NS-Ideologie bekennen. „Wir sind es den Toten und Überlebenden des Nationalsozialismus schuldig, die Front der Ablehnung von Gewalt und Rassismus so breit, so fest und so dauerhaft wie möglich zu halten“, betonte er. Die Präsidentin des Bundesrates Uta Barbara Pühringer (ÖVP) äußerte eben-

falls ihre Betroffenheit darüber, dass junge Menschen mit „Sieg Heil“-Rufen und ausländerfeindlichen Parolen über die Kärntner Straße marschieren konnten.

Im künstlerischen Teil der Gedenkveranstaltung spielte das Ensemble Trioplus Werke der von den Nazis vertriebenen Komponisten Ernst Krenek und Arnold Schönberg. Burgschauspielerinnen Elisabeth Orth las Passagen aus den Aufzeichnungen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß.

Gedenken in Rechnitz

Unter dem Titel „Auschwitz ist eine Stadt in Polen“ fand am 23. März im Oberwarther Rathaus eine Tagung statt. In den Referaten der Historiker wurde beleuchtet, wie das, was früher geographische Namen wie andere auch waren – Auschwitz, Mauthausen, Ravensbrück, Lodz, Theresienstadt, Dachau, Lackenbach – durch die Nazis Symbole für deren menschenverachtende Herrschaft geworden sind.

Diese Orte bilden aber heute auch ein breites Feld für Bewusstseinsbildung und Gedenkarbeit.

Am folgenden Tag wurde beim Kreuzstadl in Rechnitz eine Gedenkfeier für alle Opfer beim Bau des so genannten „Südostwalls“ abgehalten.

Zum Schanden für diese völlig sinnlosen Panzer- und Schützengräben wurde im Herbst 1944 zuerst der Jahrgang 1929 der Wiener Jugend komman-

diert, dann wurden Zwangsarbeiter, vor allem ungarische Juden, eingesetzt, von denen viele noch in den letzten Kriegstagen ermordet wurden (so auch im Kreuzstadl, wo sich heute eine Gedenkstätte befindet).

An der Gedenkfeier nahmen Paul Gulda (R.E.F.U.G.I.U.S.), Pfarrer Mag. Manfred Koch, Oberkantor Shmuel Barzilai und der Chor des zweisprachigen Gymnasiums Oberwart teil.

Gilbert Wasserberger

Hindels-Broschüre der SJ

Josef Hindels verfasste 1969 eine komprimierte Neufassung der „Lehrbriefe der SJ-Akademie“, die 1947/48 erstmals veröffentlicht wurden.

Diese Lehrbriefe entstanden aus der Notwendigkeit heraus, den Mangel an sozialistischer Literatur nach 1945 zu beheben, da der „Hitlerkrieg auch einen ideellen Trümmerhaufen“ hinterlassen hatte“ (Peter Strasser bei der Eröffnung der SJ-Akademie). Das erklärte Ziel war die Einführung von JungfunktionärInnen in die Grundbegriffe des Sozialismus und die Entstehung der sozialistischen Idee. Die Neuauflage der Broschüre von Hindels wurde al-

terdings vom Titel bis zum Text in geschlechtsneutraler Sprache überarbeitet. Sprache beeinflusst unser Denken und Handeln, und so ist es unentbehrlich, Frauen in Sprache und Geschichte sichtbar zu machen.

Trotz der derzeitigen Hegemonie neoliberaler Wirtschaftskonzepte hat die Idee des Sozialismus nichts an Aktualität verloren. Die Broschüre soll einen kleinen Einblick in die Konzepte und Ideen des Sozialismus geben.

Wir Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer begrüßen diese Initiative der SJ, grundsätzliche Fragen aus der Feder von Josef Hindels zur Diskussion zu stellen.

Alfred Ströer erhielt Ehrenzeichen des Landes Burgenland



Prof. Alfred Ströer, der seinerzeit als Jugendsekretär und als Leitender Sekretär des ÖGB viele Jugendprojekte im Burgenland unterstützte, wurde von Landeshauptmann Hans Niessl mit dem Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Burgenland ausgezeichnet.

Erinnerung an die jüdische Gemeinde von Mistelbach

Verdrängt und vergessen. Die jüdische Gemeinde in Mistelbach.“ So nennt sich eine Ausstellung, die am 9. Juni im Mistelbacher Stadtmuseum eröffnet wurde. Die Besucher werden dort in eine Zeit zurückgeführt, die mit der Machtübernahme der Nazis plötzlich endete. Mit Videoarbeiten und Tondokumenten wird versucht, Einblicke in das gesellschaftliche Leben der längst verschwundenen jüdi-

schen Gemeinde zu gewinnen. In der niederösterreichischen Bezirksstadt herrschte bis 1938 reges wirtschaftliches Treiben. Dazu trug die jüdische Bevölkerung bei, die sich nach der Gleichstellung durch das von Kaiser Franz Joseph im Jahr 1867 erlassene Grundgesetz im Weinviertel ansiedelte. Viele Handwerks- und Geschäftsbetriebe verhalfen der Region zu raschem Aufstieg. So kam es 1892 zur Gründung einer Israelitischen

Kultusgemeinde, der Bau einer Synagoge folgte 1896. Nach dem 13. März 1938 wurden die Juden vertrieben, wer nicht emigrieren konnte, wurde ermordet. Die Synagoge war eine der wenigen, die den Terror der „Reichskristallnacht“ überstanden haben; unverständlicherweise wurde sie 1976 abgerissen.

Heute zeugt nur der jüdische Friedhof von Mistelbach von der Existenz der einstigen israelitischen Gemeinde. Aus der ehemaligen Aufbahrungshalle soll nun eine Dokumentationsstelle entstehen; die rührige Arbeitsgruppe „Verdrängt und vergessen“ ist darum bemüht.

Die Ausstellung ist bis 25. August zu besichtigen. Das Museum hat Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Samstag und Sonntag von 14 bis 18 Uhr geöffnet (Informationen Tel.: 02572/45 54).

Walter Faderny

Wappnen gegen Gleichgültigkeit

Im Verlag Ullstein, Berlin, ist diese Übersetzung des Büchleins der französischen Holocaust-Forscherin Annette Wieviorka erschienen, das sich die Aufgabe stellt, einem Kind zu erklären, was hinter den Millionenverbrechen der Nazis steht. Und es zeigt sich, dass es in der Tat schwierig ist, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die Hitlerleute all ihre Energie aufboten, um in ganz Europa Menschen zu ermorden, nur weil sie Juden waren. In kindgerechter Sprache wird über den Ursprung des Antisemitismus, über die Verfolgung und Vernichtung der Juden gesprochen. Wieviorkas Anliegen ist es vor allem, Kindern nicht nur die Vorgänge darzulegen, sondern sie zu wappnen gegen die „große Gleichgültigkeit, die einem so oft begegnet: die Gleichgültigkeit der Nachbarn ebenso wie die der Großmächte“.



Hedy aus Atzgersdorf

Hedy Blum war ein Mädel aus Atzgersdorf (heute Teil des 23. Bezirks). Geboren 1931, kam sie mit sechs Jahren in die Volksschule Atzgersdorf, wurde jedoch im November 1938 von der Schule verwiesen. Der Grund dafür? Sie war Jüdin. Ihre Leidenschaft fand im August 1942 ein Ende, als sie in der Nähe von Minsk ermordet wurde. Doch Hedy Blum soll nicht vergessen werden. Zu diesem Zweck wurde im Schulgebäude eine vom Elternverein gestiftete Gedenktafel aus Mauthausener Granit angebracht. Am 11. Juni wurde sie im Schulgebäude am Kirchenplatz von Wiens Stadtschulratspräsidentin Dr. Susanne Brandsteidl enthüllt.



Rechtsparteien in Europa im

Die hier veröffentlichte, überraschend lange Liste von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien in Europa hat die Universitätsassistentin Mag. Christine Kasper zusammengestellt. Das war im Jahr 2000. Seither ist das rechtsorientierte Parteienpotential in fast allen europäischen Ländern weiter angewachsen, in den liberalen Niederlanden ist sogar eine neue Gruppierung auf den Plan getreten, die trotz der Ermordung ihres Führers Pim Fortuyn bei den Wahlen auf Anhieb mehr als 17 % der Stimmen bekam.

Dem französischen Rechts-extremen Le Pen gelang es bei den Präsidentenwahlen, nicht zuletzt infolge der Zersplitterung der Linken, die Sozialisten zu über-runden; allerdings musste seine „Front national“ danach bei den Parlamentswahlen wieder zurückstecken.

Dennoch zeigt sich zumindest in den EU-Ländern zurzeit ein Trend, der die konservativen Kräfte stärkt, auch wenn sie nicht immer Rechtspopulisten als Steigbügelhalter brauchen (wofür Schlüssel in Österreich das fragwürdige „Erstgeburtsrecht“ beanspruchen kann), sondern sogar, wie Chirac in Frankreich, die Distanz gegen die extreme Rechte wahren.

Gegen die zunehmende Ver-netzung vieler dieser Parteien sollte ein europäischer Widerstand der demokratischen Solidarität aufgebaut werden, denn überall sind die Grundpositionen dieser Gruppierungen gleich: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und Kampf gegen die Er-rungenschaften, die die sozialen Bewegungen durchgesetzt haben. Allerdings muss auch auf die Ursachen eingegangen werden, die in etlichen Ländern diesen Parteien mehr oder weniger große Zustimmung gebracht haben.

SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer hat vor dem Hintergrund des Erstar-kens der rechtspopulistischen Kräfte von der SPE (Sozialdemo-kratische Partei Europas) den Auf-trag erhalten, ein Strategiepapier für Gegenmaßnahmen zu erar-

Belgien: Vlaams Blok (VB – Flämischer Block); Front nationa-le Belge (FN - Nationale Belgische Front), Front nouveau de Belgi-que (Neue Front von Belgien), Agir (Handeln).

Bosnien-Herzegowina: Srps-

wanderung).

Deutschland: Die Republi-kaner, Deutsche Volksunion (DVU), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

Estland: Eesti Kodanik (Bes-sere Esten).

Finnland: Isänmaallinen Kan-sallis-Liito (IKL, Nationale Patrio-tische Allianz), Perussuomalaiset (Echte Finnen).

Frankreich: Front national (Nationale Front), Mouvement national républicain (National-Republikanische Bewegung).

Griechenland: Elliniko Meto-pi (Hellenische Front).

Großbritannien: British Na-tional Party (Britische National-partei), National Front (Nationa-le Front), National Democratic Party (Nationaldemokratische Partei).

Irland: National Party of Ire-land (Nationale Partei Irlands).

Italien: Alleanza nazionale (Nationale Allianz), Lega Nord (Nord-Liga), Movimento Sociale-Fiamma Tricolore (Soziale Be-wegung – Dreifarbige Flamme), Fronte Nazionale (Nationale Front).

Jugoslawien: Srpska Radi-kalna Stranka (SRS, Serbische Ra-dikale Partei).

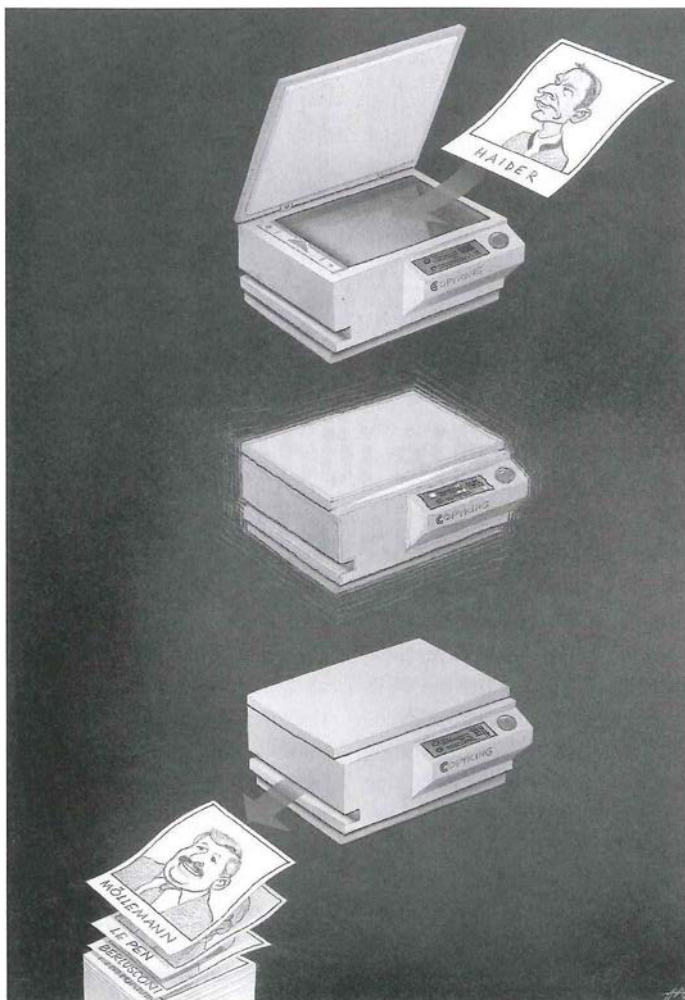
Kroatien: Hrvatska Stranka Praga (HSP-Kroatische Rechts-partei), Hrvatska Stranka Praga 1861.

Lettland: Tautas Kustiba Lat-vijai (TKL-Volksbewegung für Lettland).

Litauen: Lietuviu Nacionaline Partija „Jannoji Lietuva“ (Litau-ische Nationalpartei Junges Litauen).

Mazedonien: Vrnatresno-Makedonska Revolucionerna Organizacija (VMRO-Innere Ma-zedonische Revolutionäre Orga-nisation).

Niederlande: Liste Pim For-tuyn (LPM), Nederlandse Volks-unie (NVU-Niederländische



Karikatur von Gerhard Haderer (aus „profil“)

beiten. Gusenbauer, von der SP Europas für einen Bericht beauf-tragt, regt einen „Sozialkontrakt zwischen Unternehmungen, Regierungen und den Bürgern an“. Zudem dürfe es in der Sozialde-mokratie keine Tabuthemen – wie etwa die Probleme der Migration – geben.

Und hier die Liste der Rechts-parteien in Europa:

Albanien: Balli Kombetar (Nationale Front).

ka Radikalna Stranka Republike Srpske (SRS, Serbische Radikale Partei der Serbischen Republik), Hrvatska Stranka Prava (HSP, Kroatische Rechtspartei).

Bulgarien: Bulgarska Natsio-nalna Radikalna Partiya (Radika-le Nationale Partei Bulgariens).

Dänemark: Fremdkridtspar-tiet (Fortschrittspartei), Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei), Faelleslisten mod Indvandringen (Gemeinschaftsliste gegen Ein-



Aufwind?

Volksunion), Centrum Democra-
ten (CD-Zentrumsdemokraten),
Nationale Volkspartij-Centrum-
partij 86 (CP 86), Nieuwe Natio-
nale Partij (NNP-Neue National-
partei), Nederlands Blok (Nie-
derländischer Block), Voorpost
(Vorposten), Aktiefrent Natio-
nale Socialisten (ANS-Aktionsfront);
Milliyetçi Hareket Partisi (tür-
kisch, sog. „Graue Wölfe“).

Norwegen: Fremdsrittspar-
tiet (Fortschrittspartei).

Österreich: Freiheitliche Par-
tei Österreichs (FPÖ).

Polen: Narodowe Odrodze-
nie Polski (Nationale Wiederge-
burt Polens), Stronnictwo Nar-
odowe (Nationale Partei), Polska
Wspólnota Narodowa (Polnische
Nationale Gemeinschaft), Blok
Ludowo-Narodowy (Nationaler
Bauernblock).

Portugal: Aliança Nacional
(Nationale Allianz), Partido Na-
cionalista Portugues (Portugiesi-
sche Nationale Partei).

Rumänien: Partidul Romania
Mare (Großrumänische Partei),
Partidul Unitati Nationale Roma-
ne (Partei für Nationale Einheit),
Partidul Dreapta Nationala (Par-
tei der nationalen Rechten).

Russland: Liberalno-Demo-
kraticheskaya Partiya-Blok Zhi-
rinovskogo (Liberal-Demokrati-
sche Partei Russlands – Block
Schirinowsky), Russkoe Natsio-
nalnoe Edinstvo (Russische Na-
tionale Einheit), Natsionalno-Re-
publinskaya Partiya Rossii (Na-
tionalrepublikanische Partei Rus-
slands), Russkaya Nacionalnaya
Socialisticheskaya Partiya (Na-
tional-Sozialistische/d. i. Bol-
schewistische/ Partei).

Schweden: Ny Demokrati
(Neue Demokratie), Sverigedemo-
kraterna (Schwedendemo-
kraten), Det Nya Partiet (Die
Neue Partei), Konservativa Par-
tiet (Konservative Partei).

Schweiz: Schweizerische
Volkspartei (SVP-UDC), Schwei-

zer Demokraten (SD), Freiheits-
Partei in der Schweiz – Die Au-
topartei (FPS), Nationale Partei
der Schweiz (NPS).

Slowakei: Slovenská Národ-
ná Strana (Slowakische Nationa-
le Partei).

Slowenien: Slovenska Na-
cionalna Stranka (SNS, Sloweni-
sche Nationale Partei).

Spanien: Democracia nacio-
nal (Nationale Demokratie); Ali-
anza por la Unidad Nacional (Ali-
anz für die Nationale Einheit), Fa-
lange española de las Juntas de
Ofensiva Nacional Sindicalista
(Spanische Phalanx der vereinig-
ten National-Gewerkschaftlichen
Offensive), Falange española in-
dependiente (Unabhängige Pha-
lanx), Falange española autentica
(Authentische Phalanx).

Tschechien: Sdružení pro re-
publiku-Republikanska Strana
Čekoslovenska (SR-RSC-Verein-
igung für die Republik/ Tschecho-
slowakische Republikanische
Partei).

Türkei: Milliyetçi Hareket Par-
tisi (MHP-Partei der Nationalen
Bewegung), Büyük Birlik Partisi
(BBP, Partei der Großen Union).

Ukraine: Ukrainska Natsional-
na Asambley-Ukrayinska Narod-
na Samooborona (UNA-UNS
Ukrainische Nationalversamm-
lung – Volksselbstverteidigung),
Konhres Ukrainskykh Natsionalis-
tiv (KUN – KongressUkrainischer
Nationalisten), Derzhavna Sa-
mostiynist Ukrainy (DSU-Staats-
unabhängigkeitsvereinigung),
Sotsial-Natsionalna Partiya
Ukrainy (SNPU – Sozial-Nationa-
le Partei), Ukrainska Koservatyv-
na Respublikanska Partiya (UKRP-
Ukrainische Konservative Repu-
blikanische Partei).

Weißrussland: Liberalno-
Demokraticheskaya Partiya Bela-
rusa (Liberal-Demokratische
Partei Weißrusslands), Belarus-
skaya Partiya Svobody (Weißrus-
sische Freiheitspartei).



Das Literaturhaus erinnert an das Exilkabarett

Kabarett im Exil

Die Österreichische Exil-
bibliothek zeigt bis zum 6.
September 2002 im Literaturhaus
Wien (7., Seidengasse 13, Tel.
526 20 44-20) die Ausstellung
„From Vienna“ – Exilkabarett in
New York 1938–1950. Sie erin-
nert vor allem an den Autor und
Komponisten Jimmy Berg und
an die Künstler rund um ihn. In
Österreich gehörten Jimmy
Bergs Schlager „In den kleinen
Seitengassen“ und „Sperrstund
is“ in der unmittelbaren Nach-
kriegszeit wegen ihrer Interpre-
tation durch Hermann Leopoldi
bzw. Hans Moser zu den meist-

gespielten Kompositionen. In
der Ausstellung wird auch an die
Songs und Texte von Jura Soyfer
und Frederic Morton sowie an
Künstlerinnen und Künstler wie
Leon Askin, Armin Berg, Karl
Farkas, Maria Ley-Piscator, Her-
mann Leopoldi und Helly Mösl-
lein, Elisabeth Neumann-Viertel,
Kurt Robitschek, Fritz Spielmann
und Oscar Teller erinnert. Sie
und andere haben das Exilka-
baret zu einem Ort kreativer
Opposition gegen den Natio-
nalsozialismus und zum „Über-
lebensmittel“ für ihr Publikum
gemacht.

Neonazi muss sitzen

Das im November 2000 gefällte
Verbotsgesetz-Urteil gegen
den Salzburger Rechtsextremisten
und vormaligen FPÖ-Funktionär
Peter Kurt Weiß ist rechtskräftig;
seine Nichtigkeitsbeschwerde
wurde zurückgewiesen. Weiß
agierte als Bundesvorsitzender der
rechtsextremen Splittergruppe
„Bürgerschutz Österreich“ (BSÖ),
die sich mit Anti-EU-Propaganda
zu profilieren versuchte. Mit dem
Verbotsgesetz wegen Wieder-
betätigung kam Weiß in Konflikt,
weil er Bücher wie „Das Ge-

heimnis der Macht“, in dem die an-
tisemitische Fälschung „Protokolle
der Weisen von Zion“ nachge-
druckt war, oder „Die Macht der
Zionisten“ von Ahmed Rami (Ra-
dio Islam) vertrieben hat. In einem
anderen von Weiß verbreiteten
Buch ist die Rede von der „hebräi-
schen auserwählten Herrenrasse“
und davon, dass die Juden „über
das freimaurerische Netzwerk fast
alle Völker unter der Zinspeitsche“
halten. Weiß wurde zu einer 15-
monatigen Haftstrafe, davon drei
Monate unbedingt, verurteilt.

Schauriges aus dem Ort Mauthausen

Die Welt identifiziert den Namen Mauthausen mit einem der schlimmsten Nazi-Konzentrationslager. Aber Mauthausen ist auch ein Ort. In ihm leben rund 4.500 Menschen. Die einen fühlen sich stigmatisiert, aus den anderen bricht schaurig eine überwunden geglaubte Gesinnung heraus. Der Schriftsteller, Filme- und Radiomacher Otto Brusatti unternahm einen Lokalausgensein im Ort Mauthausen. Der Bericht darüber erschien am 27. April in der „Presse“-Beilage. Die wörtlichen Zitate aus seinen Gesprächen mit Mauthausenern sind zum Teil erschütternd. Und wahrhaft erschreckend ist das Nachspiel, das folgte.

Dass Bewohner unter dem schlechten Ruf, den der Name ihres Heimatorts hat, leiden, ist verständlich. Man fühlt sich zu Unrecht durch die Nazi-Gräueltat vereinnahmt: „Das Lagergebiet, dort, vor dem Ort, das hat ja ursprünglich gar nicht zu uns gehört. Das war bei Ried und ist erst unter Hitler eingemeindet worden. Und jetzt sind natürlich wir die Leidtragenden.“ – „Wenn wir nach Italien führen, dann mussten wir im Hotel die Kofferanhänger verstecken.“ – „Ein Betrieb sollte angesiedelt wer-

den. Es ging nicht. Man hätte in Amerika nichts angebracht, wo als Produktionsort Mauthausen draufsteht.“

Ist die Verbitterung vielleicht deshalb so groß, weil man sich um die Mauthausener zu wenig gekümmert hat? „Da wird zum Beispiel eine Jugendbegegnungsstätte Mauthausen Aktiv Österreich eingerichtet. Glaubst du, da sitzt nur ein Mauthausener drinnen?“ Neben den Klagen gibt es auch (selten) andere Meinungen: „Vielleicht sind wir hier jetzt tatsächlich liberaler, sensibler oder bereiter zum Nachdenken als die Leute sonstwo. Oder vielleicht einfach trainierter, mit der Vergangenheit umzugehen, weil wir andauernd drauf gestoßen werden.“

Eine Einzelstimme? Fast möchte man es annehmen, wenn Brusatti das wiedergibt, was er „atemabschlagende“ Aussagen nennt: „1938 ist das KZ ursprünglich viel weiter weg geplant gewesen. Das wäre ein Vorteil, man hätt' die Leute durch den Wald gebracht und man hätte sie nicht gesehen.“ – „Die Juden sollen nur Ruhe geben, heute nämlich, schauen wir nur nach Israel und Palästina. Die Juden machen heute dasselbe.“ – „Der Antisemitismus in der

Sprache wird immer mehr, jeder kennt neue Juden- und Gaskammer- und KZ-Witze.“ – „Schrecklich, grausam, das mit den Juden, diese Ausrottung, aber – was hätte man denn sonst mit ihnen tun sollen?“

Am 15. Juni resümierte Brusatti in der „Presse“ die Reaktionen auf seinen Bericht. „Erwartet? Bestätigend? Nein, oft zum Kotzen.“ Vorwürfe, Beschimpfungen, Drohungen. Dabei merkt der Autor an, dass er die schlimmsten Aussagen noch gar nicht wiedergegeben habe, obwohl sie ihm mehrfach bestätigt wurden. Etwa die: „Jeder größere Ort hier hat sein bestimmtes Wirtshaus mit einem einschlägig bekannten Stammtisch. Dort wird davon geredet und brüllend lachend kommentiert, dass der ‚KZ-Schaf‘ sowieso irgendwann einmal vorbei sein wird, und dass wir jetzt schon wissen, welcher Jude oder welcher Sozi dann am nächsten Baum hängt, wenn ‚wir‘ wieder an die Macht und drankommen.“

Brusattis Conclusio: Stellen wir uns einmal vor, wir würden solche Mitteilungen tatsächlich und ganz lege artis im Sinne von Befragungsstatistiken hochrechnen, der „Schoß“ erwies sich „noch als äußerst fruchtbar“.



„Nazi-Idylle“

Mehr als fünfzig Jahre lang unbeachtet blieb auf einem Gemeindebau in Wien-Margareten ein in der Nazizeit dort angebrachtes Wandbild. Im typischen Stil der vom verhinderten Maler Adolf Hitler angeordneten „Deutschen Kunst“ stellt es eine Familie dar, deren kleiner Sohn sogar als Pimpf die HJ-Uniform trägt. Nun sucht man einen neuen Umgang mit diesem Phänomen: Im Einvernehmen mit den Mietern und der Bezirksvorstehung wurde beschlossen, das Wandbild in Form einer Auseinandersetzung mit seinem Inhalt zu gestalten.

In einem Wettbewerb wurde der Entwurf von Ulrike Lienbacher ausgewählt. Über das Bild wird eine Glasplatte gelegt, auf der das Wort „Idylle“ seitenverkehrt angebracht ist, um den Gegensatz zwischen der Darstellung und der grausamen politischen Nazi-Realität aufzuzeigen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Juni 2002. Nächstes Heft September 2002.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freihheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus.

**FRAU
GERLINDE SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN**